



JUNGES EUROPA 2019

**So denken Menschen
zwischen 16 und 26 Jahren**

INHALT

- 3 Editorial
- 4 **WEIL EUROPA VOM MITMACHEN LEBT**
Ein Beitrag von Michael Prellberg
- 7 **UNTERSUCHUNGSDESIGN**
8.220 Interviews in 11 Ländern
- 8 **ERGEBNISSE**
TUI Stiftung Jugendstudie 2019
- 44 **JUGEND 2019: VON WEGEN LETHARGISCH!**
Ein Beitrag von Marcus Spittler, wissenschaftlicher Mitarbeiter
am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)
- 49 **METHODISCHES VORGEHEN**
Informationen zum Online-Panel und zur Stichprobe
- 50 **GEMEINSAM LERNEN**
Projekte der TUI Stiftung
- 51 Die TUI Stiftung
- 51 Impressum

EDITORIAL

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

Unter jungen Europäer*innen gibt es eine klare Mehrheit für die Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union (EU). Mehr als ein Drittel von ihnen möchte sogar „mehr“ Europa und wünscht sich, dass die EU-Mitgliedsländer stärker zusammenwachsen. Das sind zwei der Ergebnisse der aktuellen Jugendstudie der TUI Stiftung „Junges Europa 2019“. Dieses proeuropäische Bekenntnis ist ermutigend, aber kein Freischein. Es sollte Ansporn sein, den Dialog mit der jungen Generation zu intensivieren. Aus Zustimmung kann echte Begeisterung für die europäische Idee werden.

Die Jugendstudie der TUI Stiftung zeigt aber auch, dass diese Zustimmung zu Europa nicht kritiklos ist: Die Europawahlen etwa sind für junge Menschen „Wahlen zweiter Klasse“. Nur 50 Prozent von ihnen finden diese „wichtig“. Wenn es um die Wahlen der nationalen Parlamente geht, sind es hingegen 73 Prozent. Die 16- bis 26-Jährigen fühlen sich von ihren nationalen Parlamenten also besser repräsentiert als vom Europaparlament. Und: Nur 17 Prozent der Befragten glauben, dass Politiker*innen sich auch darum kümmern, was sie sagen.

Die Zahlen zeigen, wo Europa in den Augen der jungen Generation Nachholbedarf hat: Es geht ihr um einen Dialog auf Augenhöhe, um Partizipationsmöglichkeiten jenseits von Wahlen und das Gefühl, mit den eigenen Erwartungen ernst genommen zu werden. Die entscheidende Frage ist, wie das oft abstrakte Konstrukt Europa jungen Menschen

mehr Mitgestaltungsmöglichkeiten eröffnen kann. Sie haben Europa und die EU in den letzten Jahren aus sehr verschiedenen Perspektiven erlebt. Umso wichtiger wird es, das Einende zu betonen und eine wirklich starke Idee einer gemeinsamen Zukunft zu beleben. Es muss wieder um eine große europäische Linie gehen, es muss leidenschaftliche Diskussionen über die Eckpfeiler eines starken modernen Europas geben statt Verordnungen und kleinteilige Regulierungen des täglichen Lebens, die viele öffentliche Debatten dominieren. Ein Ansatzpunkt könnte sein, auf europäischer Ebene die Themen stärker zu diskutieren, die jungen Menschen am Herzen liegen: Migration, Umweltschutz und die Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Mit der Veröffentlichung der Jugendstudie gibt die TUI Stiftung jungen Europäer*innen eine Stimme. Im Jahr der Europawahl haben wir weitere Projekte im Sinne unseres Stiftungsauftrages durchgeführt: junge Menschen mit Europa und seinen Institutionen in Kontakt gebracht, ihnen Räume für das Nachdenken über „ihr“ Europa gegeben und Engagement für Europa gefördert. Die Ergebnisse der Jugendstudie der TUI Stiftung sind für uns jedes Jahr auch ein wichtiger Impuls, um die eigene Arbeit zu hinterfragen, Aktionsfelder neu zu justieren und um neue Projekte anzustoßen. Die Chance und Herausforderung Europa erfordert unseren gemeinsamen Einsatz und weitere Kooperationen mit Parteien, Stiftungen, Schulen, Universitäten, der Wirtschaft, der Politik, dem Sport und der Zivilgesellschaft. ●



**Thomas
Ellerbeck**

**Vorsitzender
des Kuratoriums
der TUI Stiftung**

WEIL EUROPA VOM MITMACHEN LEBT

Viele junge Frauen und Männer zwischen 16 und 26 Jahren gehen für ihre Zukunft auf die Straße. Noch mehr engagieren sich im Netz, wie die Studie „Junges Europa 2019“ zeigt. Die Themen Umweltpolitik, Gleichberechtigung sowie Migration und Asyl bewegen die jungen Menschen am stärksten.

von Michael Prellberg

Europa, das ist für viele Menschen ein Grundrauschen im Hintergrund. Was Europa-politiker*innen in Brüssel, Straßburg und Luxemburg umtreibt, ist bestimmt wichtig, hat aber mit der individuellen Realität wenig zu tun. Bis plötzlich ein Thema ins eigene Leben rückt. Plötzlich ist Europa verblüffend real, ganz nah, ausgesprochen wichtig und fordert eine eigene Haltung. Wenn etwa die Europäische Union (EU) ein neues Urheberrecht gegen den erklärten Willen von Millionen junger Menschen beschließt, dann gehen diese jungen Menschen auf die Straße. Und protestieren. Auf einmal ist Europa sehr persönlich.

Welche Themen Jugendliche zwischen 16 und 26 Jahren beschäftigen und wie ihre Lebenswelt, Identität und politischen Einstellungen aussehen, möchte die TUI Stiftung mit ihrer Studie „Junges Europa 2019“ beleuchten. Befragt wurden dafür 8.220 junge Frauen und Männer aus elf europäischen Ländern. Im Auftrag der TUI Stiftung führte das Marktforschungsinstitut YouGov die Umfrage

im Januar und Februar 2019 durch – also bevor Hunderttausende, vor allem junge Menschen, europaweit auf die Straße gingen, um für ein freies Internet oder den Klimawandel zu demonstrieren. Eben das stärkt die Aussagekraft der Studie, so bemerkenswert das im ersten Moment erscheinen mag, denn die Antworten werden nicht durch aufgewühlte Gefühle bestimmt – und verzerrt.

Das „freie Internet“ ist ein Shooting Star unter den wichtigen Themen, Digitalisierungs-, Kultur- und Freizeitpolitik standen noch Wochen zuvor bei den jungen Europäer*innen ganz unten auf der persönlichen Agenda (S. 14). Ganz oben steht dort Migration und Asyl, für jede*n zweite*n Befragte*n zählt es zu den drei wichtigsten Themen der EU. In Deutschland liegt der Anteil sogar bei 55 Prozent, europaweit einer der höchsten Werte. 28 Prozent der jungen Europäer*innen zählen Umweltpolitik zu den wichtigsten Themen, wobei das Interesse in den nordeuropäischen Ländern deutlich ausgeprägter ist als in den südeuropäischen. Eine Wirt-

schafts- und Finanzpolitik, die Arbeitslosigkeit wirksam bekämpft, wünschen sich vor allem junge Griech*innen und Italiener*innen (S. 16). Diesen Kampf nehmen sie, ebenso wie die Sozial- und Gesundheitspolitik, eher als nationale Aufgabe wahr, während Migration und Asyl eher als europäische Aufgabe gesehen wird.

Engagement im Netz – und auf der Straße

Das bedeutet allerdings nicht, dass solche Probleme an „Die da in Brüssel“ abgeschoben werden und man sich selbst entspannt zurücklehnt. Für die Studie der TUI Stiftung wurde auch das Engagement der jungen Europäer*innen erfragt. Und tatsächlich waren 38 Prozent von ihnen innerhalb der vergangenen zwölf Monate online und offline aktiv, um sich zum Thema Migration und Asyl zu positionieren. Noch höher sind diese Werte für die Themen Gleichberechtigung (40 Prozent) sowie Umweltpolitik und Tierschutz (43 Prozent) (S. 22).

Der Aktivismus der jungen Europäer*innen hat viele Facetten: 21 Prozent der Jugendlichen haben eine Partei im Wahlkampf unterstützt. Fast genauso viele (22 Prozent) sind zum Demonstrieren auf die Straße gegangen. Diese Form der politischen Teilhabe ist besonders in Spanien (43 Prozent), Griechenland (37 Prozent) und Italien (30 Prozent) relevant. Mehr als jede*r Vierte hat aufgrund einer politischen oder ethischen Überzeugung eine Konsumentscheidung getroffen (S. 18).

An Onlinepetitionen haben sich 42 Prozent der Befragten beteiligt, 31 Prozent haben in den sozialen Medien mindestens einen politischen Beitrag geteilt. Partizipationsformen im Internet, die einen größeren Einsatz erfordern, spielen deutlich nachgelagerte Rollen: Nur 20 Prozent der Befragten geben an, Kommentare zu politischen Beiträgen verfasst zu haben; 18 Prozent haben eigene politische Beiträge in sozialen Medien gepostet (S. 20). Das wichtigste soziale Netzwerk ist weiterhin Face-

book, in Deutschland und Spanien wird Instagram mittlerweile intensiver genutzt. Die meisten anderen Social Media – von WhatsApp über Pinterest bis zu Tumblr – rangieren unter „ferner liefern“, während YouTube mit steigenden Nutzerzahlen vor allem bei den Jugendlichen zwischen 16 und 20 Jahren überzeugt (S. 24). Ist Twitter in vielen Ländern wenig relevant, wird der Kanal von jungen Spanier*innen und Brit*innen häufig genutzt – sogar häufiger als Facebook von den Deutschen.

Der Widerstand gegen den Brexit wächst

Dass die Brit*innen auf Twitter recht aktiv sind, könnte auch daran liegen, dass es in Großbritannien derzeit ziemlich schwierig ist, sich nicht über Politik auszutauschen. Das ist sicher eine Folge der zum Zeitpunkt der Befragung unklaren Situation um den Brexit. 55 Prozent der jungen Brit*innen gaben an, sich stark oder sehr stark für Politik zu interessieren. 60 Prozent unterhalten sich mindestens einmal pro Woche über politische Themen – europaweit ist das der höchste Wert (die Finnen kommen auf 27 Prozent). Je länger sich der Brexit hinzieht, desto stärker wächst der Widerstand bei den 16- bis 26-Jährigen. Die Zahl der Brexit-Gegner*innen stieg in den vergangenen zwei Jahren von 58 auf 68 Prozent, während die Zahl der Befürworter*innen auf 22 Prozent sank (S. 42). 60 Prozent der Brit*innen sehen den Austritt ihres Landes aus der EU als Bedrohung für ihr eigenes Leben.

Das ewige Lavieren des britischen Parlamentes um den Austritt beschädigt überdies das Ansehen der Demokratie. Zwei von drei jungen Brit*innen kritisieren, dass das politische System nicht funktioniere, 15 Prozent wünschen sich sogar radikale Veränderungen. Gleichzeitig halten 62 Prozent der jungen Menschen in Großbritannien die Demokratie „alles in allem für die beste Staatsform“. Dieser Zwiespalt zeigt sich auch in anderen Staaten Europas: Ein grundsätzliches „Ja“ wird konter-

kariert durch ein nationales „Ja, aber“. Das zeigt sich exemplarisch in Griechenland, wo 73 Prozent die Demokratie für die beste Staatsform halten, aber deutliche Kritik an ihrer nationalen Regierung üben. 56 Prozent der jungen Griech*innen sind unzufrieden mit der Arbeit ihrer Regierung, 53 Prozent wünschen sich radikale Reformen.

Auffällig niedrig fällt die Zustimmung für die Demokratie als Staatsform in Frankreich (38 Prozent), Italien und Polen (jeweils 46 Prozent) aus. In Frankreich lag der Wert im Vorjahr um sechs Prozentpunkte höher, mutmaßlich als Folge der aktuellen politischen Diskussion um die Reformpolitik der Regierung Macron.

Besonders zufrieden sind die Skandinavier*innen mit ihrer Regierung: Junge Menschen in Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden wurden 2019 erstmals für die Studie befragt. Zwischen 37 Prozent (Schweden) und 60 Prozent (Norwegen) sind zufrieden damit, wie die Demokratie in ihrem Land funktioniert. Das einzige andere Land, das mit einem Zufrieden-Anteil von 40 Prozent in diese Gefilde vordringt, ist übrigens Deutschland (S. 34).

Populismus verfängt kaum bei jungen Europäer*innen

Wo die Regierung als überfordert oder unfähig wahrgenommen wird, versuchen es einige Politiker*innen mit populistischen Argumenten. „Junges Europa 2019“ hat herauszufinden versucht, wie offen junge Frauen und Männer für solche Argumente sind (S. 36). Ein erstes Resümee der Studie: In allen Ländern sinkt die Attraktivität von Populismus. Ein zweites Resümee: Auch wer sich aufgeschlossen für Populismus zeigt, plädiert keineswegs für andere Staatsformen. Ob populistisch oder non-populistisch: Die Zustimmungswerte für die Demokratie als Staatsform unterscheiden sich nur minimal. Was sich allerdings unterscheidet, ist,

dass junge Menschen mit populistischen Einstellungen doppelt so häufig radikale Veränderungen befürworten.

Beim Wunsch nach Veränderungen wird – unabhängig von der politischen Einstellung – zuerst das nationale Parlament adressiert. Auch wenn sich zwei Drittel der jungen Menschen zumindest als „Auch-Europäer*innen“ verstehen (S. 26), finden drei von vier Befragten die Wahl des nationalen Parlamentes persönlich wichtig, nur jede*r Zweite hingegen die Wahl zum Europäischen Parlament (S. 38). Dieser Wert sinkt sogar, wenn danach gefragt wird, inwieweit junge Menschen ihre Interessen im Parlament vertreten sehen. 30 Prozent fühlen sich und ihre Interessen von ihrem nationalen Parlament gesehen und vertreten – für das EU-Parlament gilt das nur für 20 Prozent (S. 40).

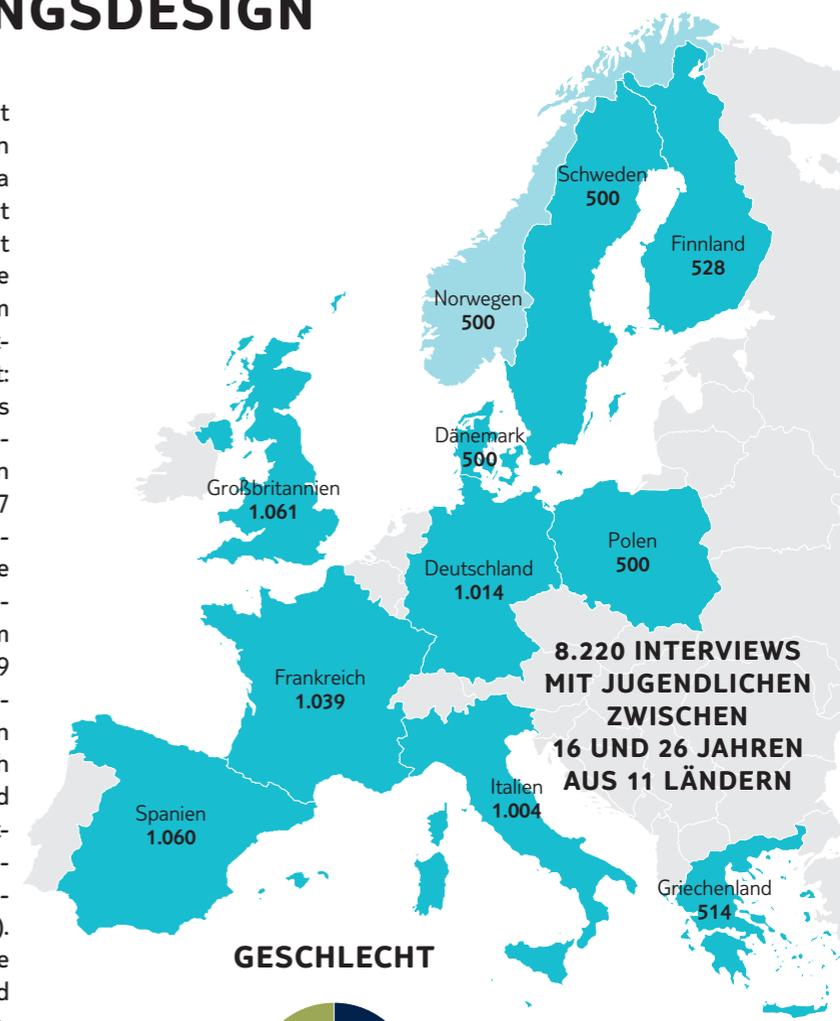
Womit sich der Kreis zum umstrittenen EU-Urheberrecht schließt und der Weg von der Demo zur Wahlkabine führt. Bei der Wahl zum Europaparlament könnten Millionen von jungen Frauen und Männern dafür sorgen, sich künftig besser vertreten zu sehen. Sie beweisen damit, dass Europa eben kein Grundrauschen ist, sondern unzählige Anlässe für ein Engagement im täglichen Leben bietet. ●

UNTERSUCHUNGSDESIGN

Um die Lebenswelt, Identität und politischen Einstellungen junger Menschen in Europa besser zu verstehen, erstellt die TUI Stiftung in Zusammenarbeit mit YouGov seit dem Jahr 2017 die Studie „Junges Europa“. In diesem Jahr wurde die Online-Befragung erstmalig in elf Ländern durchgeführt: Befragt wurden junge Menschen aus Deutschland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Italien, Polen und Spanien (wie in den Jahren 2017 und 2018) sowie in Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden. Die Teilnehmer*innen wurden über Online-Access-Panels rekrutiert. Vom 21. Januar bis zum 12. Februar 2019 nahmen insgesamt 8.220 junge Menschen im Alter von 16 bis 26 Jahren an der Jugendstudie teil. Sie wurden nach Alter, Geschlecht und Bildungsstand ausgewählt, und das repräsentativ entsprechend den tatsächlichen Verteilungen je Land (Grundlage für die repräsentative Quotierung: EUROSTAT). Für die Analyse wurden die Ergebnisse zusätzlich nach Alter, Geschlecht und Bildungsstand gewichtet, um geringfügige Abweichungen auszugleichen. Ergebnisse, die über alle Länder hinweg ausgewiesen werden, wurden zusätzlich so gewertet, dass jedes Land mit dem gleichen Gewicht eingeht. ●

Anmerkungen zu den folgenden Grafiken

Aufgrund von Rundungsabweichungen kann es im Ergebnisteil vorkommen, dass die Summe von Anteilswerten (in Prozent) von 100 abweicht. Wird im Folgenden der Begriff „Europäer*innen“ verwendet, bezieht er sich auf die 8.220 Befragten dieser Studie.



GESCHLECHT



ALTER



ZUKUNFTSERWARTUNGEN

Viele junge Menschen fürchten, dass sie es schlechter haben werden als ihre Eltern.

Insbesondere in Südeuropa glauben Jugendliche, dass ihr Lebensstandard sinken wird. In Norwegen, Dänemark, Deutschland und Schweden sind sie zuversichtlicher. Besonders optimistisch sind die Pol*innen, ziemlich pessimistisch die Griech*innen – und die Brit*innen.

Alle Zahlenwerte auf den Seiten 8 bis 43 sind in Prozent angegeben.

Wenn Sie an die Generation Ihrer Eltern denken: Glauben Sie, dass es Ihre eigene Generation hinsichtlich Einkommen und Lebensstandard besser oder schlechter haben wird?
(Nicht dargestellt sind die Antwortkategorien „Wird gleich bleiben“ und „Weiß nicht/keine Angabe“.)



ZUKUNFTSERWARTUNGEN (DIE ENTWICKLUNG)

Sind Großbritannien und Griechenland der Anfang und das Ende der Talsohle?

In Griechenland erwarten noch immer zwei Drittel der Jugendlichen, dass sie es schlechter haben werden als ihre Eltern. Allerdings sinkt dieser Anteil seit 2017. Gegenläufige Entwicklungen zeigen sich in Großbritannien. Junge Brit*innen werden immer skeptischer, je näher der Brexit rückt.

Wenn Sie an die Generation Ihrer Eltern denken: Glauben Sie, dass es Ihre eigene Generation hinsichtlich Einkommen und Lebensstandard besser oder schlechter haben wird?
(Nicht dargestellt sind die Antwortkategorien „Wird gleich bleiben“ und „Weiß nicht/keine Angabe“.)

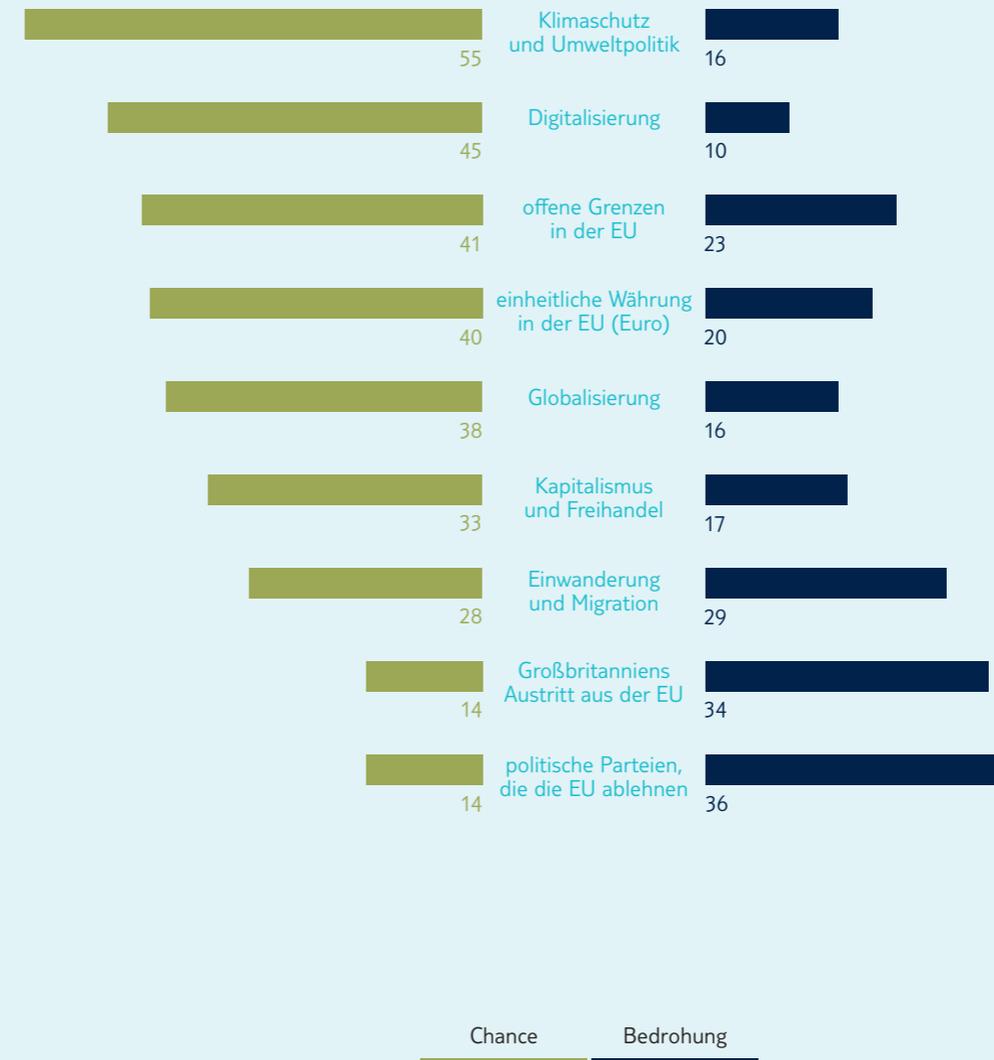


POSITIV ODER NEGATIV?

Im Klimaschutz und in der Umweltpolitik sehen viele junge Menschen Chancen.

Auch Digitalisierung und Globalisierung sehen die meisten jungen Europäer*innen positiv. Beim Thema Einwanderung und Migration sind sie jedoch uneins: Jeweils etwa ein Drittel der jungen Menschen sieht es als Chance bzw. als Bedrohung.

Empfinden Sie die folgenden Phänomene für Ihr eigenes Leben eher als Chance oder als Bedrohung?
(Nicht dargestellt sind die Antwortkategorien „Weder noch“ und „Weiß nicht/keine Angabe“.)



POLITISCHE HERAUSFORDERUNGEN

Jede*r zweite Jugendliche zählt Migration und Asyl zu den drei wichtigsten Problemen der EU.

Umweltpolitik und Tierschutz halten junge Europäer*innen für das zweitwichtigste Thema. Hier sind deutliche Unterschiede zwischen den EU-Ländern zu sehen. Auch Wirtschafts- und Finanzpolitik ist für junge Menschen von hoher Relevanz, gerade in Ländern mit krisenhafter Historie oder unsicherer Zukunft.

Was sind Ihrer Meinung nach gegenwärtig die wichtigsten politischen Probleme in der EU?
Bitte wählen Sie zunächst das allerwichtigste Problem und dann das zweit- und dritt wichtigste Problem aus.
(Dargestellt sind die drei wichtigsten Probleme.)

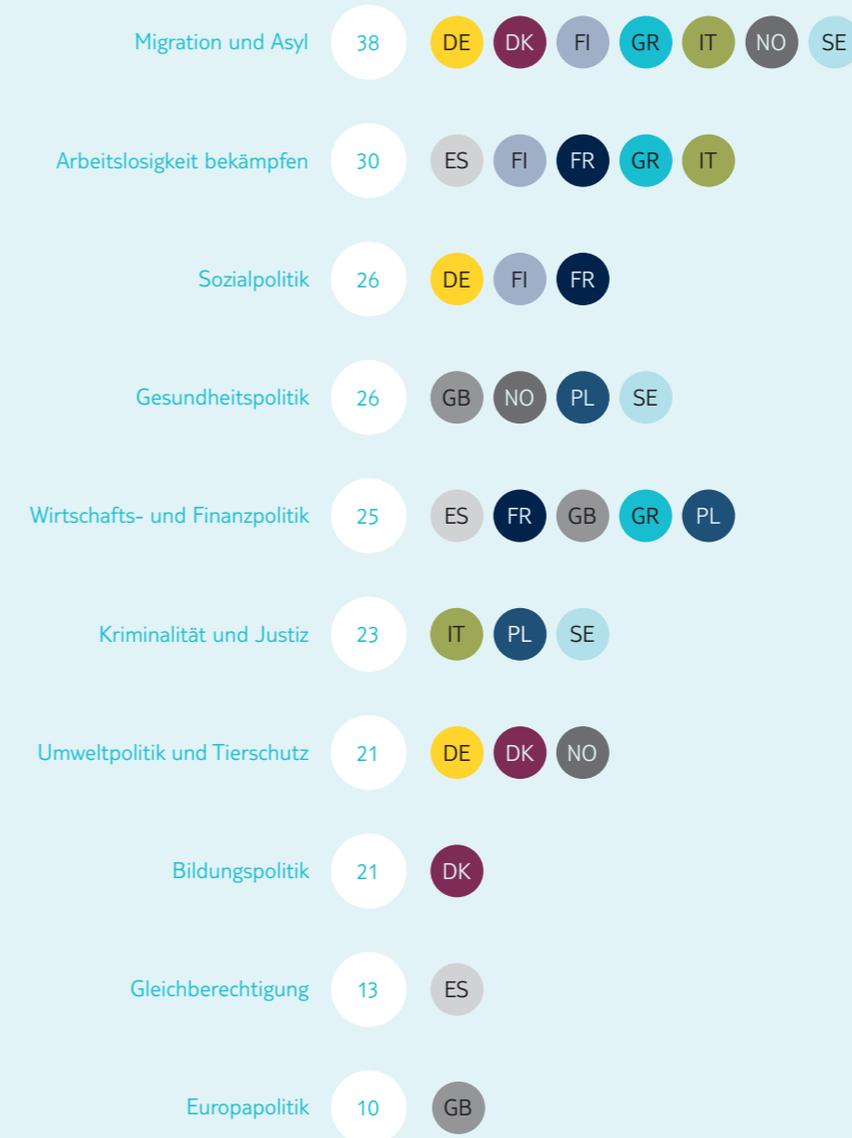


POLITISCHE HERAUSFORDERUNGEN

In Südeuropa ist die Arbeitslosigkeit Sorge Nummer eins.

Migration und Asyl werden von den meisten Europäer*innen auch auf nationaler Ebene als drängendstes Problem gesehen, allerdings zeigen sich hier deutliche länderspezifische Unterschiede. In Deutschland und den skandinavischen Ländern wird es als besonders wichtig wahrgenommen.

Was sind Ihrer Meinung nach gegenwärtig die wichtigsten politischen Probleme in Ihrem Land?
Bitte wählen Sie zunächst das allerwichtigste Problem und dann das zweit- und dritt wichtigste Problem aus.
(In den weißen Kreisen sind die Gesamtergebnisse aller Länder in Prozent dargestellt.)



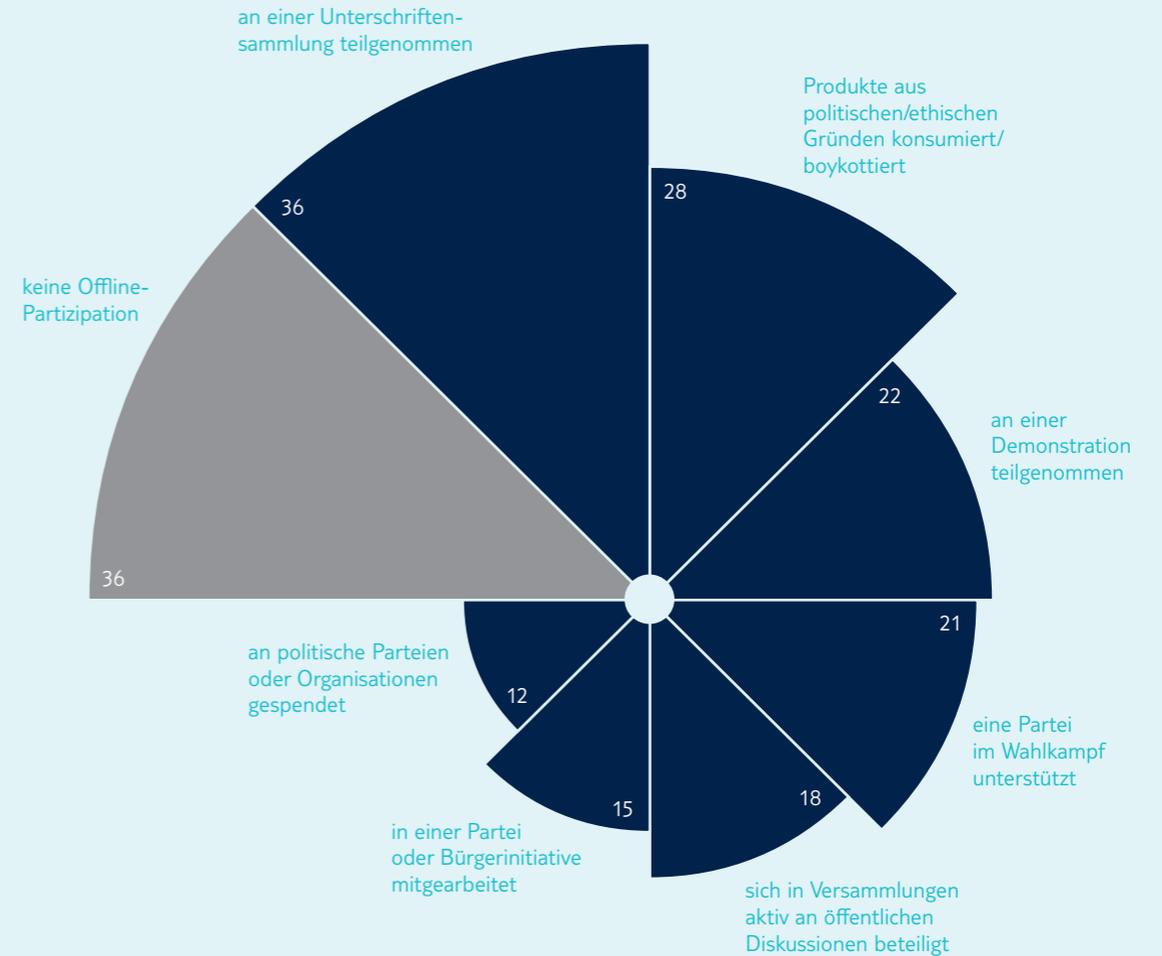
DE – Deutschland; DK – Dänemark; ES – Spanien; FI – Finnland; FR – Frankreich; GB – Großbritannien;
GR – Griechenland; IT – Italien; NO – Norwegen; PL – Polen; SE – Schweden

POLITISCHES ENGAGEMENT

Unterschreiben ist „offline“ die häufigste Form der politischen Teilhabe.

Gut ein Drittel der Befragten beteiligte sich im vergangenen Jahr an einer Unterschriftensammlung, in Großbritannien waren es sogar rund zwei Drittel. Auf Platz 2 der Rangliste aktiver Teilhabe stehen Konsumententscheidungen auf Basis von politischen oder ethischen Überzeugungen. Jede*r Fünfte hat an einer Demonstration teilgenommen. Diese Form des Engagements ist besonders in Spanien, Griechenland und Italien populär.

Politische Partizipation junger Menschen über Offline-Wege:
Haben Sie in den letzten 12 Monaten ...?
(Eine Mehrfachnennung war möglich; dargestellt ist die Zustimmung.)

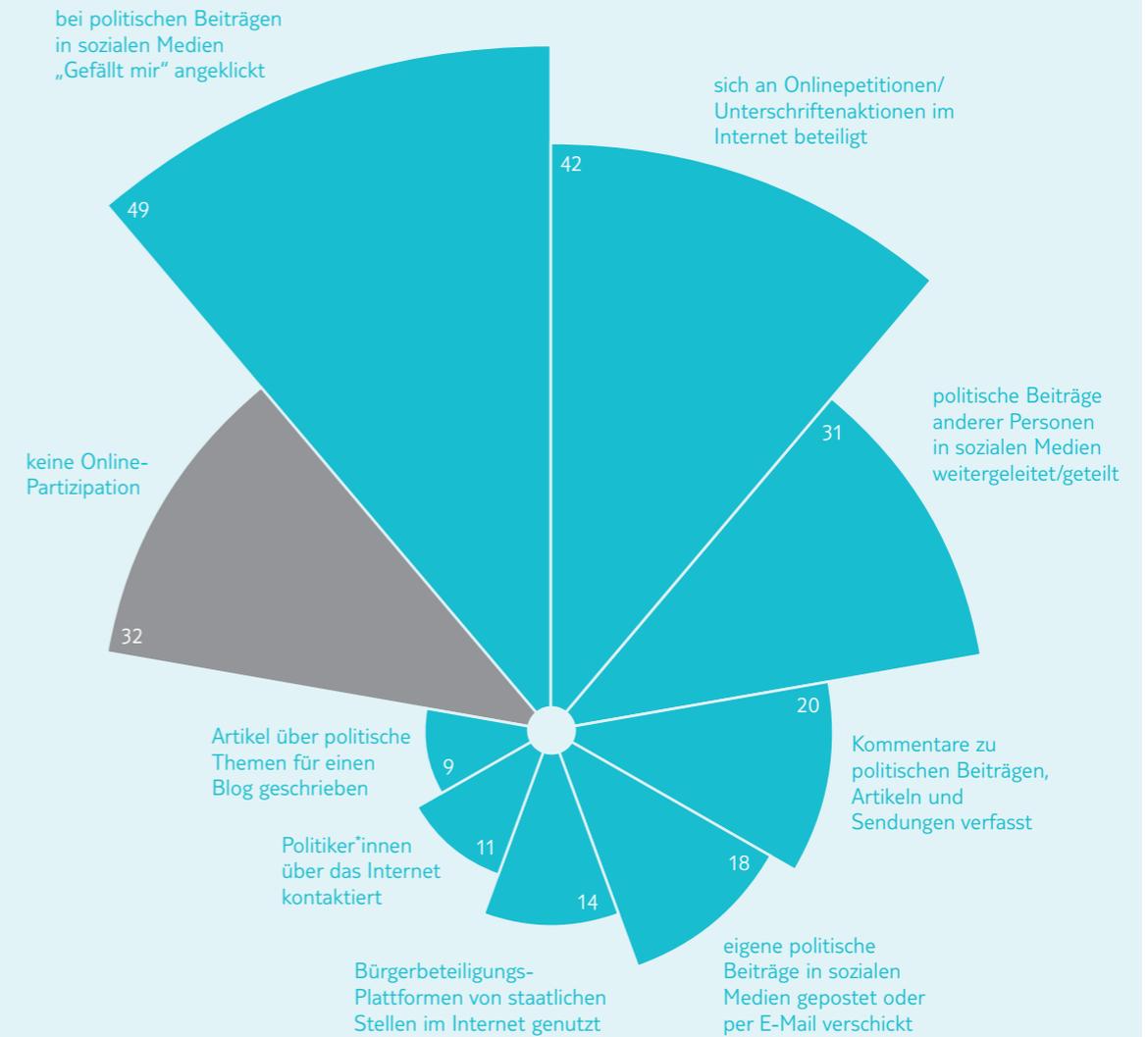


POLITISCHES ENGAGEMENT

Zwei Drittel der Befragten engagierten sich „online“.

Zu den wichtigsten Formen politischen Engagements im Internet zählen „Klicks“ in sozialen Netzwerken, Online-Petitionen und das Teilen von politischen Beiträgen. Partizipationsformen, die eine höhere Beteiligung erfordern – etwa das direkte Kontaktieren von Politiker*innen –, spielen eine untergeordnete Rolle.

Politische Partizipation junger Menschen über Online-Wege:
Haben Sie in den letzten 12 Monaten ...?
(Eine Mehrfachnennung war möglich; dargestellt ist die Zustimmung.)

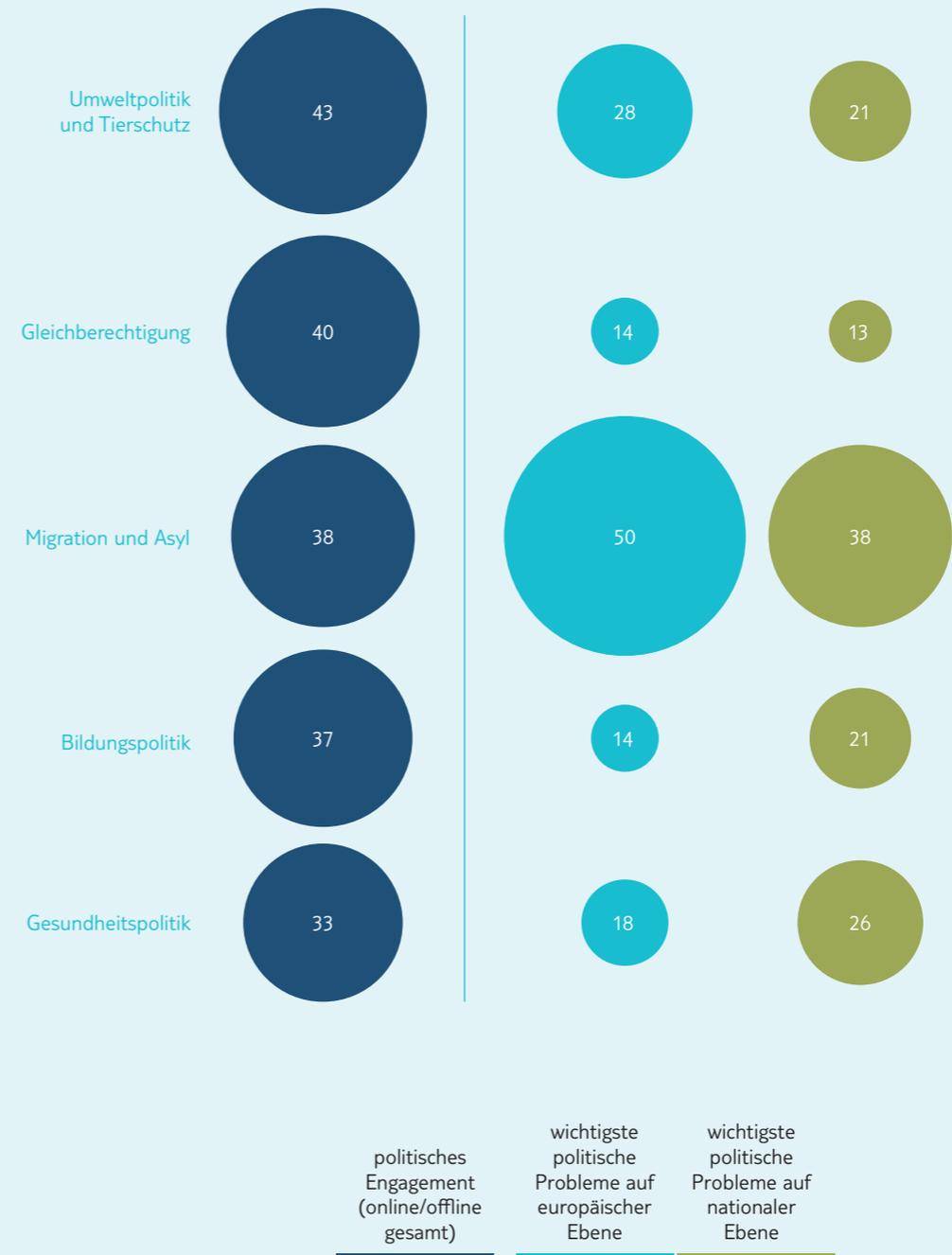


POLITISCHES ENGAGEMENT

Es sind nicht die wichtigsten politischen Probleme, die zu Engagement animieren.

Wenn es um konkretes politisches Engagement geht, werden junge Menschen vor allem bei den Themen Umweltpolitik und Tierschutz sowie Gleichberechtigung aktiv – obwohl diese nicht zu den wichtigsten politischen Herausforderungen gezählt werden.

Waren Sie in den letzten 12 Monaten in den folgenden Themenbereichen politisch aktiv?
(In Dunkelblau dargestellt sind die fünf Themen, für die junge Menschen am häufigsten aktiv waren.)

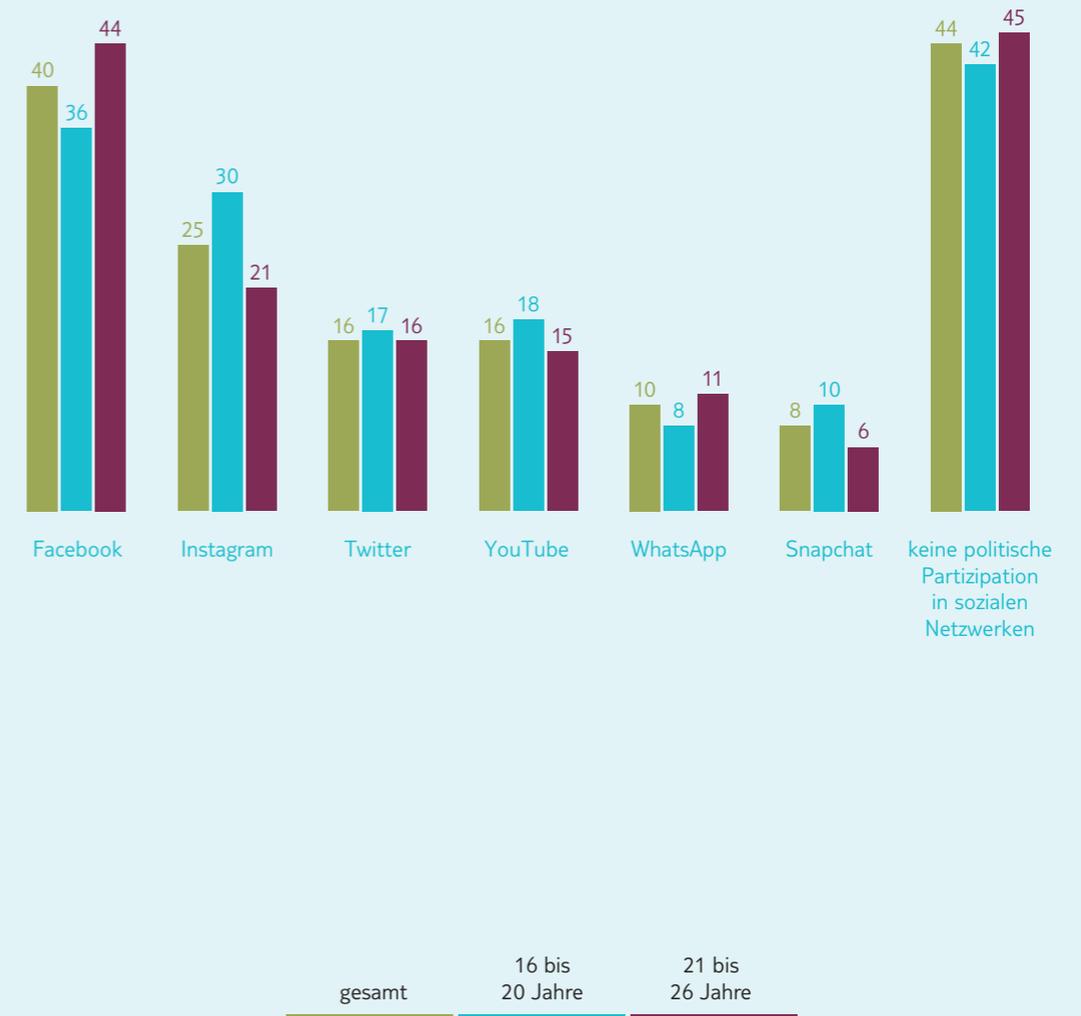


MEDIENNUTZUNG

Facebook ist das wichtigste Medium für politische Beiträge.

Mehr als die Hälfte der jungen Europäer*innen nutzt soziale Netzwerke für politische Zwecke. Das wichtigste soziale Medium für die Rezeption und Publikation politischer Beiträge ist Facebook. Bei den Jüngeren gewinnt die Plattform Instagram an Bedeutung.

In welchen sozialen Medien haben Sie politische Beiträge gepostet, geteilt oder „Gefällt mir“ geklickt?
Bitte wählen Sie alle sozialen Medien aus, in denen Sie dies getan haben.



EUROPÄISCHE IDENTITÄT

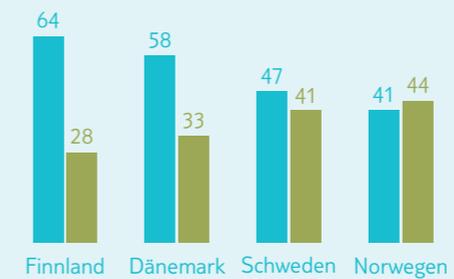
Der Anteil junger Menschen, die sich auch als „Europäer*innen“ fühlen, steigt stetig.

In den südeuropäischen Ländern setzt sich der Trend zu einer stärker europäisch geprägten Selbstwahrnehmung fort. Insbesondere in Griechenland und in Spanien steigt der Anteil junger Menschen, die sich als „Europäer*innen“ fühlen, stark an. Nur wenige sehen sich ausschließlich als Bürger*in ihres Landes.

Wie würden Sie sich selbst am ehesten beschreiben?
(Nicht dargestellt sind die Antwortkategorien „Nur als Europäer*in“, „Sonstiges“ und „Weiß nicht/keine Angabe“.)



Dieses Jahr erstmalig dabei:



hybride Identität

zuerst als Bürger*in meines Landes, dann als Europäer*in;

zuerst als Europäer*in, dann als Bürger*in meines Landes

rein nationale Identität

nur als Bürger*in meines Landes



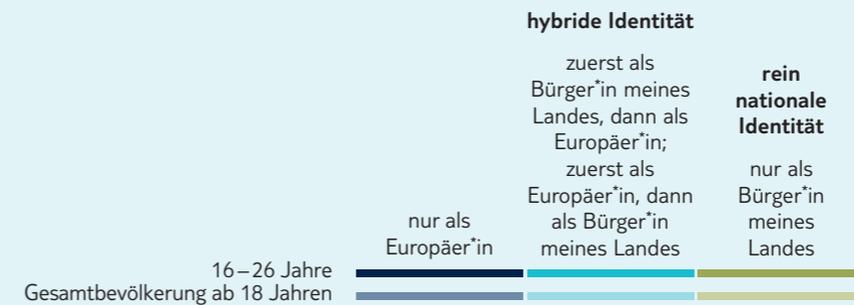
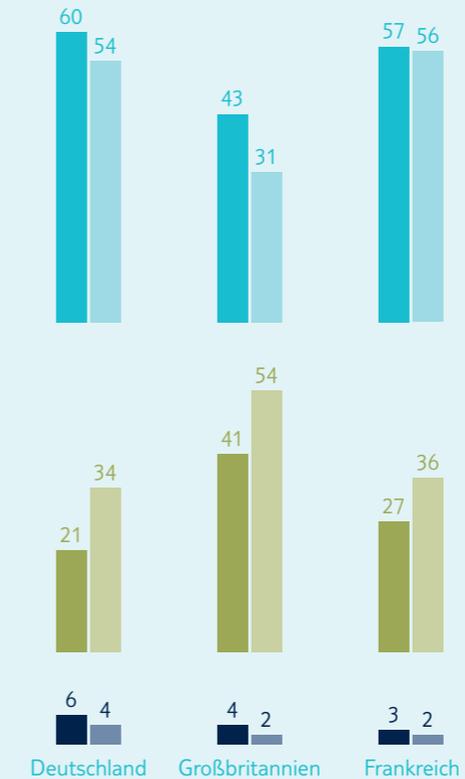
EUROPÄISCHE IDENTITÄT

Bei jungen Menschen ist die europäische Identität stärker ausgeprägt.

In Großbritannien zeigt sich besonders deutlich, dass sich junge Menschen zwischen 16 und 26 Jahren häufiger als Europäer*innen wahrnehmen als die Gesamtbevölkerung des Landes. Ähnlich ist die Situation in Deutschland.

Die Ergebnisse für die Gesamtbevölkerung wurden im Rahmen des YouGov Eurotracks vom 15. bis zum 25. Februar 2019 erhoben und sind repräsentativ für die Bevölkerung ab 18 Jahren in Deutschland, Großbritannien und Frankreich. Die Stichprobengröße beträgt mindestens 1.000 Befragte pro Land.

Wie würden Sie sich selbst am ehesten beschreiben?
(Nicht dargestellt sind die Antwortkategorien „Sonstiges“ und „Weiß nicht/keine Angabe“.)

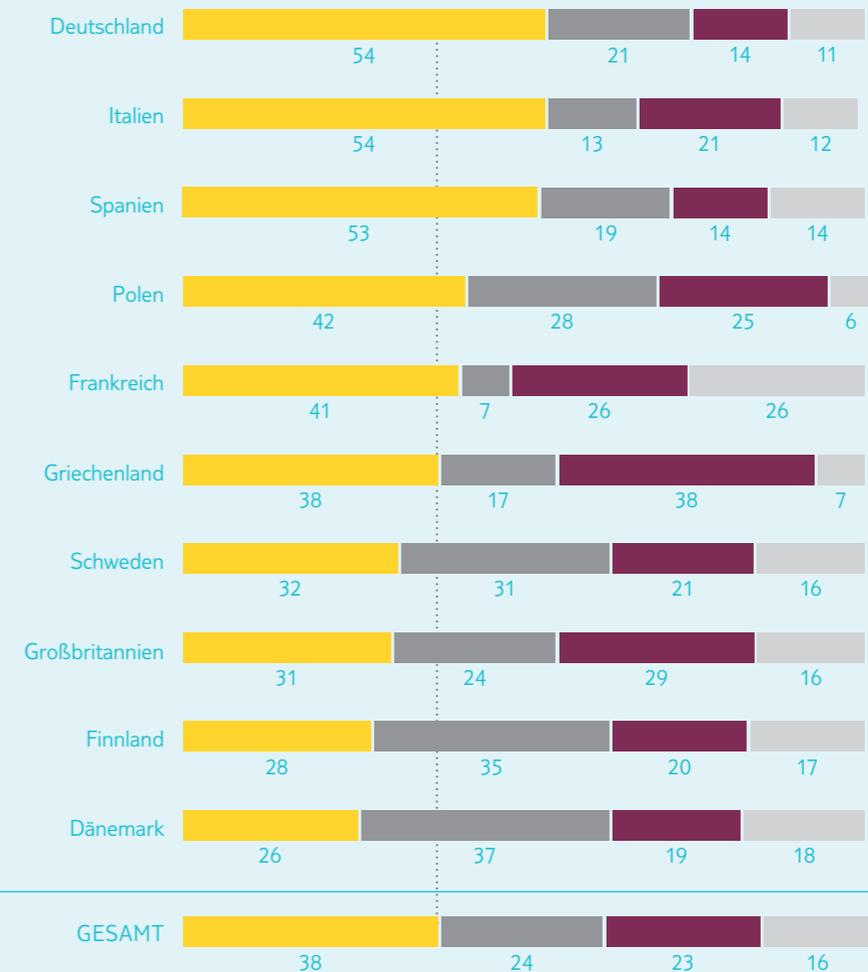


BEZIEHUNG ZWISCHEN DEN EU-LÄNDERN

Die meisten wünschen sich eine engere Verbindung zwischen den EU-Ländern.

Während junge Menschen in den skandinavischen Ländern mehrheitlich denken, dass die derzeitigen Beziehungen zwischen den EU-Mitgliedsländern genau richtig sind, sind die Meinungen in Griechenland und Großbritannien geteilt: Hier gibt es nahezu genauso viele Jugendliche, die finden, die Beziehungen sollten enger werden, wie solche, die meinen, die Beziehungen sollten weniger eng sein.

Wenn Sie an die Beziehungen zwischen der EU und ihren Mitgliedsländern denken:
Welcher der folgenden Aussagen stimmen Sie am ehesten zu?



Die Verbindung zwischen den EU-Ländern sollte enger werden, die Mitgliedsländer sollten mehr Zuständigkeiten an die EU abtreten.

Das aktuelle Verhältnis zwischen der EU und ihren Mitgliedsländern ist genau richtig.

Die Verbindung zwischen den EU-Ländern sollte weniger eng werden, die EU sollte einige ihrer Zuständigkeiten an die Mitgliedsländer zurückgeben.

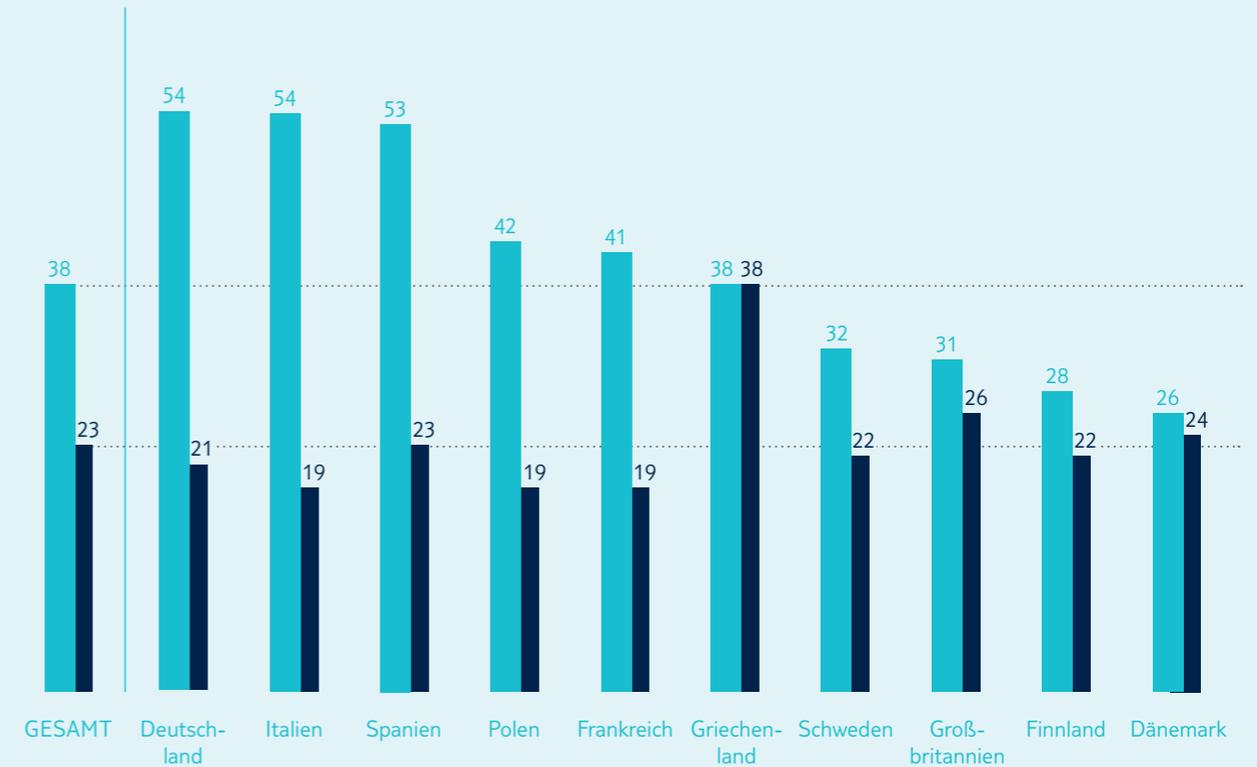
Weiß nicht/keine Angabe

BEZIEHUNG ZWISCHEN DEN EU-LÄNDERN

Nur wenige junge Menschen glauben, dass der Zusammenhalt zwischen den EU-Ländern zukünftig stärker wird.

Wenn junge Menschen sich vorstellen sollen, wie die Beziehungen der EU-Länder in fünf Jahren sein werden, sind sie überwiegend skeptisch. Obwohl sich viele junge Menschen wünschen, dass die Verbindungen enger werden, ist die Mehrheit überzeugt, dass der Zusammenhalt sich nicht verändern oder sogar schwächer wird.

Wenn Sie an die Beziehungen zwischen der EU und ihren Mitgliedsländern denken:
Welcher der folgenden Aussagen stimmen Sie am ehesten zu?
Und wenn Sie an die EU in fünf Jahren denken: Was glauben Sie, in welchem Zustand die EU dann sein wird?



heute	in fünf Jahren
Die Verbindung zwischen den EU-Ländern sollte enger werden, die Mitgliedsländer sollten mehr Zuständigkeiten an die EU abtreten.	Die Verbindung zwischen den EU-Ländern wird enger sein, die Mitgliedsländer werden mehr Zuständigkeiten an die EU abtreten haben.

DEMOKRATIE

Skandinavier*innen sind besonders zufrieden mit ihrer Demokratie.

Auch in Deutschland sind junge Menschen überdurchschnittlich zufrieden mit dem demokratischen System. In Spanien, Italien und Griechenland sind sie hingegen besonders unzufrieden. In Großbritannien halten sich Zufriedene (26 Prozent) und Unzufriedene (29 Prozent) ungefähr die Waage.

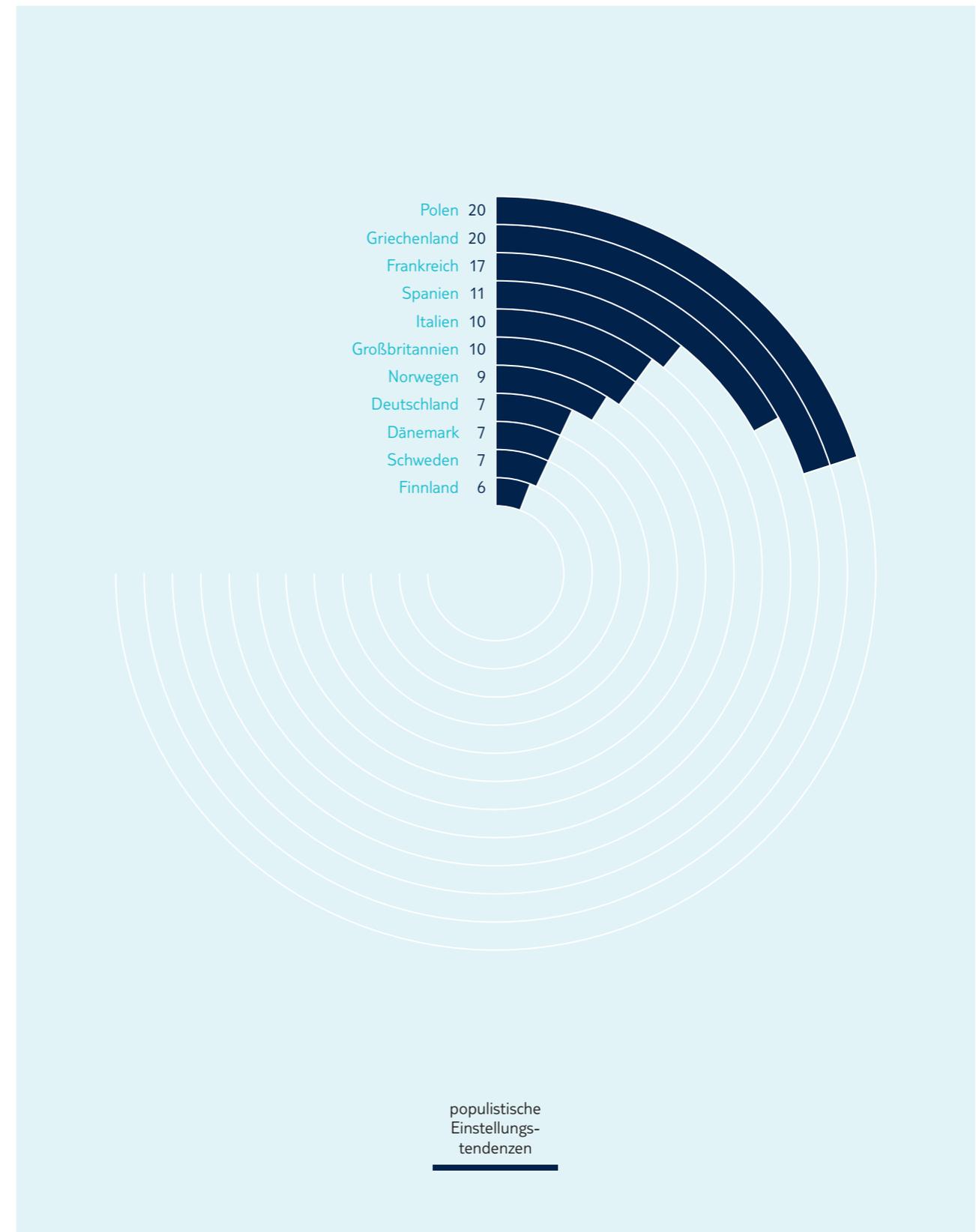
Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie – alles in allem – mit der Demokratie, so wie sie in Ihrem Land besteht?
(Nicht dargestellt sind die Mittelkategorie sowie die Antwortmöglichkeit „Weiß nicht/keine Angabe“.)



POPULISMUS

In Polen, Griechenland und Frankreich zeigen sich populistische Tendenzen am deutlichsten.

Die „populistische Einstellung“ wurde mithilfe von zwölf Fragen in drei Dimensionen ermittelt: „Anti-Elitarismus“, „Verständnis des Volkes als unbedingter Souverän“ und „Vorstellung von einem homogenen Volkswillen“.

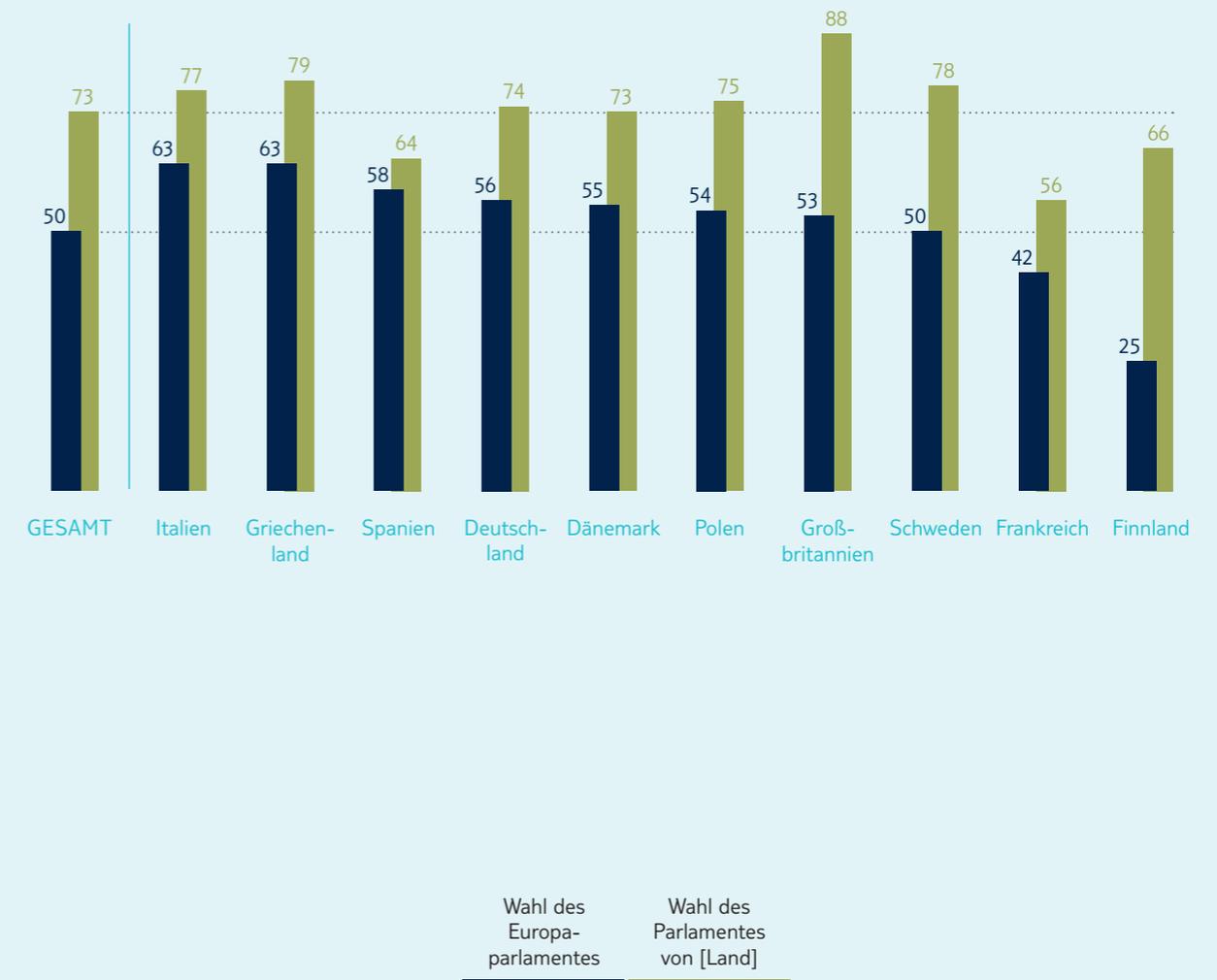


EUROPAWAHL

Nationale Wahlen erscheinen wichtiger als die des Europaparlamentes.

Im Durchschnitt bewertet jede*r Zweite der Befragten die Wahl des Europäischen Parlamentes als wichtig, die Wahl des nationalen Parlamentes ist hingegen für rund drei Viertel wichtig. In Finnland ist die Diskrepanz zwischen europäischer und nationaler Relevanzzuschreibung besonders ausgeprägt (41 Prozentpunkte), in Spanien besonders gering (6 Prozentpunkte).

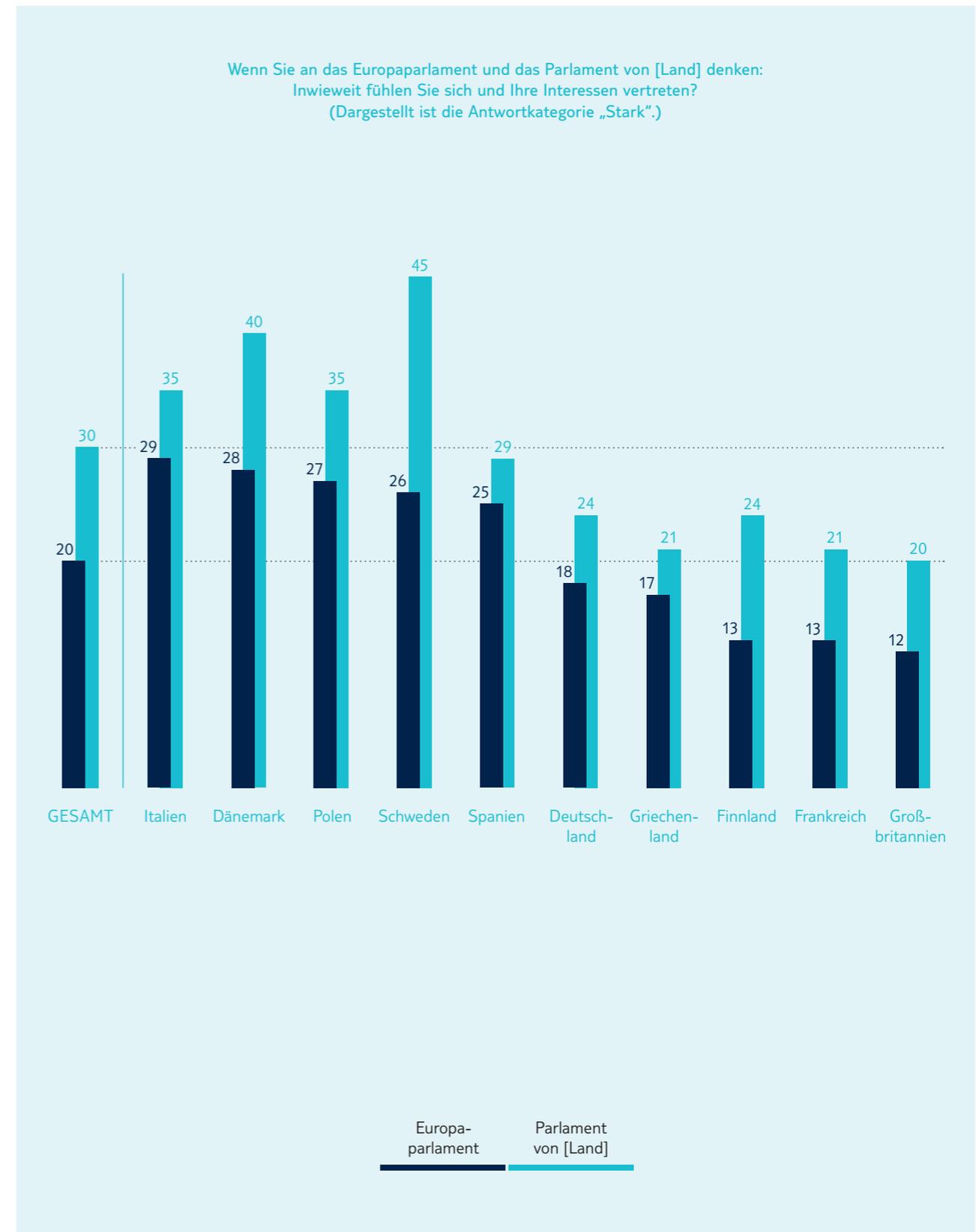
Wie wichtig ist die Wahl des Europaparlamentes und des Parlamentes Ihres Landes für Sie persönlich?
(Dargestellt ist die Antwortkategorie „Wichtig“.)



EUROPAWAHL

Junge Menschen finden, dass ihre Interessen stärker auf nationaler als auf europäischer Ebene vertreten werden.

Die Diskrepanz zwischen gefühlter Repräsentation im Europäischen und im nationalen Parlament ist besonders in den skandinavischen Ländern ausgeprägt (Schweden: 19 Prozentpunkte, Dänemark: 12 Prozentpunkte, Finnland: 11 Prozentpunkte).

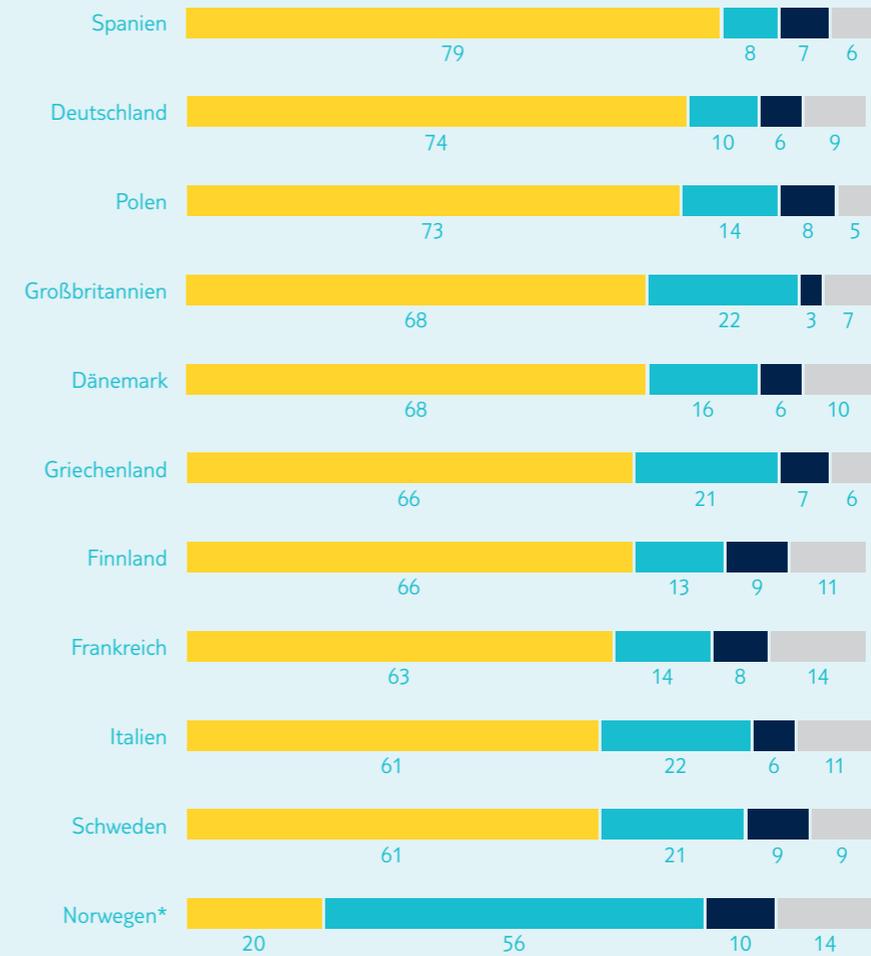


EU-MITGLIEDSCHAFT

Es gibt eine klare Mehrheit für die EU-Mitgliedschaft.

Generell ist das Gros der Befragten für eine EU-Mitgliedschaft. In Spanien, Deutschland und Polen ist die Zustimmung zum Verbleib in der EU am höchsten, in Frankreich, Italien und Schweden am geringsten. Die jungen Norweger*innen lehnen einen EU-Beitritt ab.

Wenn morgen ein Referendum über die EU-Mitgliedschaft Ihres Landes stattfinden würde/
 *Wenn morgen ein Referendum über die EU-Mitgliedschaft Norwegens stattfinden würde:
 Wie würden Sie sich entscheiden?



[Land] sollte in der EU bleiben/
*Norwegen sollte der EU beitreten.

[Land] sollte aus der EU austreten/
*Norwegen sollte nicht der EU beitreten.

Ich würde nicht wählen.

Weiß nicht/
keine Angabe

JUGEND 2019: VON WEGEN LETHARGISCH!

Junge Erwachsene gehen heute für das Klima und das freie Internet auf die Straße. Die Proteste zeigen, dass sich die Jugendlichen für ihre Zukunft engagieren. Wer sie jetzt ernst nimmt, bewegt sie zur Wahlurne.

von Marcus Spittler

Laschte man am 26. März 2019 den Kommentator*innen bei ihrer Nachberichterstattung zur EU-Urheberrechtsreform, dann drängte sich unweigerlich der Eindruck auf, dass es in Europa wieder einen klassischen Generationenkonflikt gibt. So zeigte sich etwa der Netzaktivist Sascha Lobo in der Tagesschau besorgt, dass sich eine ganze digitale Generation nicht mehr von der Politik repräsentiert fühle. Er erwarte, junge Menschen könnten sogar Antipathien gegen die EU entwickeln. Was war passiert? An jenem Tag hatte das Europäische Parlament in Straßburg seine Zustimmung zu der umstrittenen Reform des Urheberrechtes gegeben und damit auch zu dem viel diskutierten Artikel 17 (vormals Artikel 13) – jenem Artikel, der bei seinen

Kritiker*innen im Verdacht steht, Uploadfilter einzuführen und damit die Meinungsfreiheit im Internet zu bedrohen. Der Abstimmung vorausgegangen waren zahlreiche Demonstrationen überwiegend junger Menschen. Alleine in München verzeichnete die Polizei 40.000 Menschen, die gegen die Reform auf die Straße gingen.¹ Dabei skandierten die Demonstrant*innen auch „Wir sind keine Bots!“, eine Ansage an jene ältere EU-Abgeordnete, die vorab die Jugendlichen nicht ernst nahmen, die Echtheit der Kritik im Netz bezweifelten und dahinter die Manipulation von Google, Facebook und Co vermuteten. Unabhängig davon, wie man sich selbst inhaltlich zu der Reform positioniert, ist offensichtlich, dass bei diesem Thema die junge Generation – die „mobile pioneers“ und „digital natives“ – schein-

bar unversöhnlich einer älteren Generation gegenübersteht, die mit Unverständnis und Abwehr auf ihre Forderungen reagiert.

Das ist besonders bedauerlich, weil die jungen Erwachsenen, deren Lebenswelt und Einstellungen auch in der diesjährigen Jugendstudie untersucht wurden, sich in einer Altersphase von 16 bis 26 Jahren befinden, die für die politische Sozialisation entscheidend ist. Der Soziologe Karl Mannheim nannte diese Phase in seiner klassischen Generationentheorie die „politisch beeindruckbaren Jahre“², weil die in dieser Zeit erworbenen Einstellungen und Werte über den Lebenszyklus

Die Altersphase von 16 bis 26 Jahren ist für die politische Sozialisation entscheidend.

hinweg langfristig stabil bleiben. Sie bilden quasi die Brille, durch die man auf die Welt blickt. Auch die Politologin Maria Grasso stellt nach der Auswertung langer Zeitreihen fest, dass die meisten Muster politischen Verhaltens, die wir heute beobachten – insbesondere bei der Wahlbeteiligung –, auf Generationen- statt auf reine Alterseffekte zurückgehen. Sie fand auch heraus, dass die während der Regierungszeit Margaret Thatchers politisch sozialisierte Generation in Großbritannien auch heute noch deutlich konservativer hinsichtlich ihrer Einstellung zu Umverteilung und Kriminalitätsbekämpfung ist als die Gesamtbevölkerung.³ Im Umkehrschluss heißt das nicht, dass jede neue Geburtskohorte ganz automatisch eine gänzlich verschiedene Generation bildet. Eine Vielzahl der Managementlitera-

tur, die uns etwas über die Generation Golf, X, Y und Z berichten will, ist mit Sicherheit überzogen.⁴ Dennoch ist der Generationenwechsel einer der größten Faktoren für die Erklärung gesellschaftlichen Wandels. Wer etwas über die zukünftige Entwicklung unserer Gesellschaft und unserer Demokratie erfahren will, sollte sich die Werte und Einstellungen junger Erwachsener ansehen.

Wie man's macht, macht man's falsch

Was für Zuschreibungen durfte sich die Generation der „Millenials“ anhören: Lethargisch sei sie, ichbezogen, an Politik wenig interessiert. „The Me Me Me Generation“ titelte das Time Magazine.⁵ Spätestens seit 2018 beweist sie das Gegenteil: Nicht nur die Digitalpolitik, auch der Klimaschutz bringt zahlreiche Schüler*innen, von der schwedischen Greta Thunberg angeführt, unter dem Motto „Fridays for Future“ wöchentlich europaweit auf die Straße. Und das trotz erheblicher Kritik der Älteren. Für einen Teil der jungen Erwachsenen scheint mittlerweile der Satz zu gelten: Wie man's macht, macht man's falsch. Immer wieder gibt es solche Jugendproteste, nicht immer sind sie so groß. In Frankreich organisierten schon 2016 Jugendliche die „Nuit debout“-Demonstration gegen eine geplante Arbeitsmarktreform, die sich später von Madrid bis nach Glasgow erstrecken sollte. Ebenso ist die pro-europäische Bewegung „Pulse of Europe“ zu nennen.

Auch in der Jugendstudie der TUI Stiftung zeigt sich, dass sich ein überwiegender Teil der jungen Menschen für politische Themen interessiert und einbringt: 36 Prozent aller Befragten aus den elf untersuchten europäischen Ländern gaben an, dass sie in den letzten zwölf Monaten an einer analogen

² Mannheim, K. (1928). „The Problem of Generations“. In: Essays on the Sociology of Knowledge, S. 276–320. London: Routledge.

³ Grasso, M./Farrall, S./Gray, E./Hay, C./Jennings, W. (2019). „Thatcher's Children, Blair's Babies, Political Socialization and Trickle-down Value Change: An Age, Period and Cohort Analysis“. In: British Journal of Political Science, 49(1), S. 17–36.

⁴ Vgl. Schröder, M. (2018). „Der Generationenmythos“. In: KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 70(3), S. 469–94.

⁵ time.com/247/millennials-the-me-me-me-generation/

¹ www.sueddeutsche.de/muenchen/demo-muenchen-urheberrecht-1.4380419.

Unterschriftensammlung teilgenommen haben. 22 Prozent waren auf der Straße demonstrieren. Mehr als ein Viertel gibt an, bestimmte Produkte aus politischen oder ethischen Gründen boykottiert oder konsumiert zu haben. Etwas häufiger ist die Partizipation online: So haben 31 Prozent politische Beiträge an ihre Freund*innen und Follower*innen weitergeleitet. 11 Prozent nahmen online direkten Kontakt mit Politiker*innen auf, besonders häufig geschah dies in Großbritannien. Interessant ist dabei, dass sich die Themen der jungen Erwachsenen on- und offline nur wenig unterscheiden. Zwar bringt sich ein Teil der jungen Erwachsenen ausschließlich elektronisch oder ausschließlich offline ein, für die Gesamtheit der hier befragten jungen

Der überwiegende Teil der jungen Menschen interessiert sich für politische Themen und bringt sich ein.

Erwachsenen gilt jedoch, dass kein Thema ausschließlich on- oder offline bearbeitet wird. Zu erwarten ist, dass sich hinter der Wahl der verschiedenen Partizipationsformen auch unterschiedliche Motive verbergen. Sarah Harrison und Michael Bruter von der London School of Economics untersuchten 2009 die Motivation junger Parteimitglieder und fanden dabei eine Reihe von Subgruppen, von der kleineren Gruppe der Professionalisierten bis hin zur Mehrheit der ideologisch Motivierten.⁶ Die Jugendstudie der TUI Stiftung leistet mit ihren Daten auch einen Beitrag zur Forschung, weil sie es ermöglicht, im Laufe dieses Jahres noch genauer auf die Motivation hinter der On- und Offline-Beteiligung zu blicken. Was sich schon jetzt zeigt, ist, dass Jugendliche häufiger solche Partizipations-

möglichkeiten nutzen, die schneller, leichter und ohne großen Aufwand funktionieren. Sie verhalten sich damit nicht anders als Erwachsene.

Thematisch engagieren sich die Jugendlichen in fast allen Ländern in erster Linie für Umweltpolitik und Tierschutz, gefolgt von dem Einsatz für mehr Gleichberechtigung. Erst auf dem dritten Platz ergeben sich länderspezifische Unterschiede: In Südeuropa und Frankreich ist die Bildungspolitik relevant, während in Großbritannien unter dem Eindruck des bevorstehenden Brexits die Europapolitik die Jugend bewegt. Während die Jugendlichen den Schutz des Klimas überwiegend als Chance begreifen, ahmen sie beim Thema Migration und Asyl die gesamtgesellschaftliche Spaltung nach. Vor allem in den wirtschaftlich stärkeren Ländern – in Skandinavien und in Deutschland – geben die Jugendlichen an, sich beim Thema Einwanderung zu engagieren, wobei unklar ist, ob dafür oder dagegen. Einen Hinweis gibt eine andere Aussage: Um die 30 Prozent sehen Einwanderung dabei entweder als Chance oder als Bedrohung für ihr eigenes Leben. Besonders stark bedroht fühlen sich Jugendliche in Polen (45 Prozent) und Finnland (40 Prozent). Mit 23 Prozent fühlt sich eine Minderheit in den elf Ländern selbst von den offenen Grenzen innerhalb der EU bedroht. Man darf nicht vergessen: Diese Generation ist nach der weltweiten Krise der Finanzmärkte politisch sozialisiert worden, hörte Nachrichten über die Terroranschläge in Paris und Berlin und hat dabei das Erstarken rechtspopulistischer Parteien beobachtet. Das Problem verorten die Jugendlichen dabei klar bei der EU und erwarten sich von dort auch eine Lösung.

Reicht die Mobilisierung bis zur Europawahl?

Ob die gegenwärtig hohe Mobilisierung der Jugendlichen jedoch bis zur Europawahl Ende Mai reicht,

bleibt offen. Denn in der Vergangenheit lag die Wahlbeteiligung junger Erwachsener in der Regel deutlich unter der der Gesamtbevölkerung, und diese Tendenz hat sich in den letzten Jahren sogar noch verstärkt. In der Jugendstudie geben immerhin rund 60 Prozent der Befragten an, dass sie es mindestens für „wahrscheinlich“ halten, dass sie ihre Stimme bei der Europawahl 2019 abgeben werden. Allerdings kann man bei einer anonymisierten Online-Befragung wie dieser davon ausgehen, dass diese Zahl tendenziell höher ist, weil ein Teil der Jugendlichen das antwortet, was er für sozial erwünscht hält. Denn die Jugendstudie zeigt auch, dass 17 Prozent der schwedischen Jugendlichen zum Befragungszeitpunkt im Februar nicht wussten, ob sie überhaupt wahlberechtigt sind. Und genauso wie Ältere halten die jungen Erwachsenen die Europawahlen für weniger wichtig als nationale Wahlen (50 Prozent gegenüber 73 Prozent Wichtigkeit).

Die niedrige Wahlbeteiligung hat verschiedene Gründe: Zum einen hat sich der Übergang von der Adoleszenz zum Erwachsensein (nicht immer freiwillig) verzögert. Gerade in Zeiten großer Jugendarbeitslosigkeit sieht man, dass junge Menschen

Europawahlen scheinen weniger wichtig als nationale Wahlen.

die Ausführung ihrer Lebenspläne zeitlich nach hinten schieben. Auch haben Staatsbürgernormen abgenommen, Wählen wird weniger als Pflicht verstanden. Vor allem aber scheinen die traditionellen, konventionellen Beteiligungsformen den Jungen nicht immer attraktiv und die politischen Parteien und das demokratische System wenig responsiv. Laut der Jugendstudie fühlen sich etwa

45 Prozent der Befragten in der Lage, wichtige politische Fragen gut bis sehr gut zu verstehen und einschätzen zu können. Sie zeigen damit also eine hohe innere Selbstwirksamkeit. Ihre externe Selbstwirksamkeit ist im Vergleich ein ganzes Stück niedriger: Nur 17 Prozent glauben, dass Politiker*innen sich auch darum kümmern, was einfache Leute denken.

Fehlendes Repräsentationsgefühl

Damit sich junge Erwachsene wieder stärker auch bei Wahlen und nicht nur themenspezifisch engagieren, müssten sie personell stärker bei den Parteien vorkommen. Der Bevölkerungsanteil der hier befragten 16- bis 26-jährigen europäischen Jugendlichen macht etwas mehr als 10 Prozent der Gesamtbevölkerung aus. Dennoch sind sie politisch kaum repräsentiert. Die beiden jüngsten Bundestagsabgeordneten sind 26 Jahre alt, im Europaparlament ist der Jüngste ein 30-jähriger Bulgare, das Durchschnittsalter liegt bei 56 Jahren. Das ist wenig überraschend, denn in einem Drittel der EU-Staaten muss man mindestens 21 Jahre alt sein, um kandidieren zu können, in Italien und Griechenland bekommt man sogar erst im Alter von 25 Jahren ein passives Wahlrecht. Auch die jungen Erwachsenen selbst sind nicht immer progressiv: „Schön männlich“, so mahnte Angela Merkel die 100 Prozent Männerquote des Vorstandes der Jungen Union an.

Dabei hätte die junge Generation durchaus starke Stimmen vorzuweisen: In Deutschland denke man an die Autorin und das CDU-Mitglied Diana Kinnert, die Feministin Sophie Passmann oder den Altenpfleger und das SPD-Mitglied Alexander Jorde. Sie alle äußern sich zu den großen Themen der Gesellschaft, für ein Bundestagsmandat müssten sie vermutlich dennoch zuerst die

⁶ Bruter, M./Harrison, S. (2009). „Tomorrow's Leaders?: Understanding the Involvement of Young Party Members in Six European Democracies“. In: Comparative Political Studies, 42(10), S. 1259–1290.

klassische „Ochsentour“ absolvieren. Die noch zu den Jungen gehörende Journalistin Madeleine Hofmann, die ein Buch mit der unverhohlenen Forderung im Titel „Macht Platz!“ geschrieben hat, denkt laut über die Einführung einer Jugendquote nach.

Zumindest eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre scheint auch vor dem Hintergrund des demografischen Wandels dringend geboten. Bei der kommenden Europawahl ist Wählen für 16-Jährige nur in Österreich und Malta möglich. In Deutschland sind sie nur bei Kommunal- und Landtagswahlen in neun Bundesländern zugelassen. Das führt zu Situationen wie 2017 in Schleswig-Holstein: Dort durften Tausende Jugendliche zwar im Mai ihre Stimme bei der Landtagswahl abgeben, bei der Bundestagswahl im September aber nicht. Auch wissenschaftlich spricht wenig gegen eine Absenkung des Wahlalters. Die wenigen empirischen Studien dazu zeigen im Gegenteil eine verbesserte Teilhabe junger Erwachsener am politischen Prozess.⁷ Tatsächlich hätte man mit dem Wahlalter 16 die Chance, den ersten Wahlgang noch stärker in den Schulen und in der Ausbildung zu begleiten, damit die Jugendlichen eine Art Wahlhabitus entwickeln.

Ausblick

Wie kann man junge Erwachsene wieder stärker an das politische System binden? Eine wichtige Rolle spielen dabei sicher die Parteien, wenn sie auch in Zukunft als Transmissionsriemen zwischen Gesellschaft und Politik fungieren wollen. Sie müssen

Marcus Spittler

Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Demokratie und Demokratisierung des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB)

modernere Strukturen schaffen, die es jungen Menschen leichter machen, einzutreten und mitzumachen. Junge Erwachsene interessieren sich besonders stark für solche Parteien, die ihnen eine Art von Wandel oder eine Zukunftsvision anbieten: 67 Prozent glauben, dass es (radikale) Veränderungen braucht, um das politische System in Ordnung zu bringen. Dieser Wunsch nach Wandel ist unter anderem ein Grund dafür, warum auch manchmal populistische Parteien für Jugendliche interessant sind. Ein Kohleausstieg bis 2038 und freies WLAN in bayerischen Bussen bis 2050 ist dann einfach zu wenig Utopie. Und die Parteien müssen natürlich auch zeigen, dass sie die relevanten Akteure der Gesellschaft und in der Lage sind, die Vorstellungen junger Leute ernst zu nehmen.

Denn schaut man auf die aktuellen Klimaproteste, dann gibt es noch Luft nach oben. So lässt sich der nicht ganz so alte FPD-Vorsitzende Christian Lindner in der BILD mit den Worten zitieren: „Klimaschutz ist was für Profis.“⁸ Andere Stimmen warnen gar vor der politischen Instrumentalisierung der Jugendlichen. Es ist schon etwas paradox: Gerade die Generation, die in ihrer Mehrzahl nicht für den Brexit, nicht für Donald Trump und andere rechtspopulistische Parteien gestimmt hat, muss sich nun vorwerfen lassen, politisch verführt zu werden. Dabei sollte man die Jugendproteste vielmehr als konservative Bewegung verstehen, denn die Jugendlichen streiten heute für Selbstverständlichkeiten: ein weiterhin vereintes Europa, den Erhalt des Klimas und für ein freies Internet. ●

⁷ Vgl. Wagner, M./Johann, D./Kritzinger, S. (2012). „Voting at 16: Turnout and the quality of vote choice“.

In: Electoral Studies 31(2), S. 372 – 383.

⁸ www.bild.de/bild-plus/politik/inland/politik-inland/christian-lindner-klimaschutz-ist-was-fuer-profis-und-nicht-fuer-kinder-60573006

METHODISCHES VORGEHEN

Wo wurden die Teilnehmer*innen der Studie rekrutiert?

- Alle Teilnehmer*innen wurden aus Online-Panels rekrutiert.
- In Deutschland, Frankreich und Großbritannien wurden die Teilnehmer*innen ausschließlich aus dem YouGov-Panel rekrutiert. In Dänemark, Finnland, Italien, Norwegen, Schweden und Spanien wurden die Teilnehmer*innen zu einem Teil aus dem YouGov-Panel und zum anderen aus dem Panel eines langjährigen Partners rekrutiert. In Griechenland und Polen wurden die Teilnehmer*innen mithilfe eines langjährigen Partner-Panels rekrutiert.

Was ist ein Online-Panel?

- Im YouGov-Panel können sich Personen unter Angabe ihrer E-Mail-Adresse und weiterer Informationen zu ihrer Person registrieren. Diese Personen werden dann regelmäßig per E-Mail zu Online-Befragungen eingeladen.
- Grundsätzlich kann sich jede*r im YouGov-Panel anmelden. Die Panel-Mitglieder sind die Auswahlgrundlage für die Rekrutierung von Zielgruppen und Stichproben.
- YouGov nutzt unterschiedliche Wege, um Mitglieder für das Panel zu gewinnen (zum Beispiel Öffentlichkeitsarbeit, Suchplattformen, E-Mail-Kampagnen, Co-Registrierung oder Weiterempfehlung). Außerdem spricht YouGov gezielt Personen aus im Panel unterrepräsentierten Bevölkerungsgruppen an.
- Panel-Mitglieder authentifizieren sich per E-Mail und Double-Opt-In. Zusätzlich wird auf Basis technischer Maßnahmen und des Antwortverhaltens die Qualität des Panels sichergestellt.

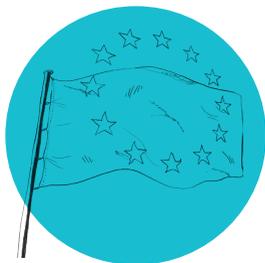
Wie wurde die Stichprobe rekrutiert?

- In dieser Studie wurden Quotenstichproben rekrutiert. Dabei werden anhand eines repräsentativen Quotenplans Personen für die Stichprobe rekrutiert. Der Quotenplan wird auf Basis offizieller Statistiken erstellt (Grundlage für die repräsentative Rekrutierung: EUROSTAT).
- Bei der Erhebung der Studie 2019 wurden die Stichproben in jedem Land repräsentativ nach Alter, Geschlecht und Bildung rekrutiert.
- Teilnehmer*innen wurden per E-Mail eingeladen. Bei der Auswahl der Teilnehmer*innen aus dem Panel wurde ein vollautomatisiertes und zufallbasiertes Verfahren (Turbosampling), das ein individuelles Teilnahmeverhalten berücksichtigt, eingesetzt.

GEMEINSAM LERNEN

„Europa. Leben und Verstehen“ – dafür setzt sich die TUI Stiftung ein. Im Fokus stehen Bildungsprogramme für Schüler*innen und junge Erwachsene.

Europa sind wir!

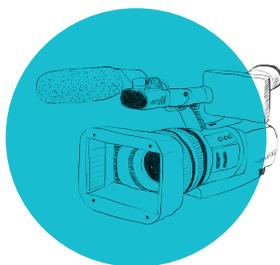


Beeinflusst die EU mein Leben? Kaum, finden vor allem Jugendliche zwischen 16 und 20 Jahren, die keinen oder wenig Zugang zu politischer Bildung haben. Um diese Zielgruppen für europapolitische Bildungsarbeit zu gewinnen, entwickelte die TUI Stiftung mit dem IKAB-Bildungswerk das Modellprojekt „Europa sind wir!“ – in enger Zusammenarbeit mit Trägern der freien Jugendhilfe und Kommunen. Das Projekt gibt jungen Menschen die Chance, Vorstellungen von „ihrem“ Europa zu formulieren und sie dann in angeleiteten Aktionen umzusetzen. Der Auftakt des Modellprojektes, das in insgesamt sechs Jugendzentren in Darmstadt, Dresden und Köln durchgeführt wurde, fand im Oktober 2018 statt. Die Ergebnisse, etwa Theateraufführungen, Tänze oder Filme, wurden im März 2019 von den Jugendlichen präsentiert.

Young Europe

Wie sehen junge Menschen Europa? Welche Hoffnungen, Träume, Wünsche, aber auch Zweifel und Ängste verbinden sie mit der Zukunft Europas? Gemeinsam mit dem Think Tank iRights.Lab rief die TUI Stiftung Jugendliche zwischen 16 und 26 Jahren dazu auf, ihre Vorstellungen im Rahmen eines Wettbewerbes zu teilen. Der Kreativität waren keine Grenzen gesetzt: Die Jugendlichen konnten ein Video, Foto, Statement oder einen Essay einreichen. Die fünf besten Beiträge wurden mit einer dreitägigen Reise nach Brüssel prämiert. Aus den Einreichungen und Workshops, in denen Jugendliche gemeinsam mit Expert*innen diskutieren, entstanden die Charta of Young Europe, die die Wünsche und Erwartungen der jungen Europäer*innen zusammenfasst, sowie eine Graphic Novel, die die Visionen bildlich in einer Geschichte festhält. young-eu.com

Europe Live!



Junge Menschen wachsen in einem Europa friedlicher Nachbarn auf. Die Vorteile – freies Reisen oder eine gemeinsame Währung – gelten als selbstverständlich, während die Europäische Union häufig als bürokratische Krake wahrgenommen wird. Um dieser Skepsis entgegenzuwirken, hat die TUI Stiftung die Veranstaltungsreihe „Europe Live!“ ins Leben gerufen. Sie bringt Schüler*innen der 9. und 10. Jahrgangsstufe mit Politiker*innen zusammen, um kontrovers und engagiert über Europa zu diskutieren. Die Botschaft lautet: Europa ist eine Mitmach-Veranstaltung, kein abstraktes Konstrukt. Die nächste Diskussionsrunde findet im Herbst 2019 statt.

Understanding Europe

Europa ist – gefühlt – weit weg. Wie und warum die Institutionen der Europäischen Union ineinandergreifen, das ist schwer zu vermitteln. „Understanding Europe“ stellt sich dieser Aufgabe. Die Schwarzkopf-Stiftung bietet EU-Kompakt-Kurse an Schulen in 15 Ländern an. In Kooperation mit der TUI Stiftung wird das Projekt in Hamburg sowie in den Niederlanden und in Spanien umgesetzt. Bis August 2019 werden über 10.000 Schüler*innen mit den Kompakt-Kursen erreicht.

DIE TUI STIFTUNG

Mit der Studie „Junges Europa 2019“ hinterfragt die TUI Stiftung zum dritten Mal auf internationaler Basis, wie die Jugend zu Europa und zur Demokratie steht. Ein weiterer Schritt in Richtung Verständigung.

Die TUI Stiftung fördert und realisiert Projekte rund um das Thema „Junges Europa“. Ihr Ziel ist es, den Europagedanken zu stärken. Deshalb investiert sie langfristig in regionale, nationale und internationale Projekte mit den Schwerpunkten Bildung, Ausbildung sowie individuelle und berufliche Entwicklung. Sie hat ihren Sitz in Hannover und ist als eigenständige und unabhängige Stiftung dem Gemeinwohl verpflichtet.

Weiterführende Informationen zur Arbeit und zu den Projekten der Stiftung erhalten Sie unter:
www.tui-stiftung.de

Die aktuelle Jugendstudie sowie die Ergebnisse aus den Jahren 2017 und 2018 finden Sie hier:
www.tui-stiftung.de/unsere-projekte

IMPRESSUM

Herausgeber TUI Stiftung, Karl-Wiechert-Allee 4, 30625 Hannover, www.tui-stiftung.de **Geschäftsführerin** Elke Hlawatschek **Leiter Kommunikation** Christian Rapp **Verlag** TEMPUS CORPORATE GmbH – Ein Unternehmen des ZEIT Verlags **Büro Berlin** Alt-Moabit 94, 10559 Berlin **Büro Hamburg** Helmut-Schmidt-Haus, Buceriusstraße, Eingang Speersort 1, 20095 Hamburg **Geschäftsführung** Jan Hawerkamp, Dr. Mark Schiffhauer **Projekt- und Redaktionsleitung** Jasmin Hollatz **Gestaltung** Susanne Kluge **Lektorat** Dr. Katrin Weiden **Herstellung** Dirk Woschei, DIE ZEIT **Repro** twentyfour seven **Druck** Bruns Druckwelt GmbH & Co. KG, Minden



